VII Verwaltung der Republik

Artikel 117 Die Pflege der auswärtigen Beziehungen ist ausschließlich Sache der Republik.
In Angelegenheiten, deren Regelung der Landesgesetzgebung zusteht, können die Länder mit auswärtigen Staaten Verträge schließen; die Verträge bedürfen der Zustimmung der Volkammer.
Vereinbarungen mit fremden Staaten über Veränderungen der Grenzen der Republik werden nach Zustimmung des beteiligten Landes durch die Republik abgeschlossen. Die Grenzveränderungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes der Republik erfolgen, soweit es sich nicht um bloße Berichtigung der Grenzen unbewohnter Gebietsteile handelt.

1. Die Pflege der auswärtigen Beziehungen obliegt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (->* Erl. 4 c zu Art. 91). Es ist zentrales Organ der staatlichen Verwaltung und untersteht dem Ministerrat. Seine Aufgaben im einzelnen sind die, die ein Außenministerium im allgemeinen hat¹. Insbesondere obliegt ihm der Verkehr mit den in der Zonenrepublik akkreditierten ausländischen staatlichen Vertretungen sowie die Vertretung der Rechte und Interessen der Zonenrepublik gegenüber anderen Staaten. Es ist auch zuständig für Konsulate der Zonenrepublik in anderen Staaten sowie für die Errichtung ausländischer Konsulate in der Zonenrepublik einschließlich der Erteilung des Konsularpatents und des Exequaturs.

2. Der Handel mit anderen Staaten wird vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (-> Erl. 4 c zu Art. 91) geleitet². Es leitet und kontrolliert nicht nur die Tätigkeit der Außenhandelsunternehmen, sondern trägt auch die Verantwortung für eine richtige Festlegung der handelspolitischen Zielsetzung für die Handelsbeziehungen mit den einzelnen Staaten, wofür in diesen Ministerien Hauptabteilungen für Handelspolitik bestehen. Auch hat das Ministerium außerhalb der Zonenrepublik Vertretungen »zur Realisierung der Außenhandelspolitik«. Obwohl

1 Verordnung über das Statut des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 14. 12. 1959 (GBl. I 1960, S. 163)

2 Beschluß über das Statut des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel vom 7. 2. 1957 (GBl. I S. 127)